

1 DIE LINKE. Mecklenburg-Vorpommern
2 3. Tagung des 3. Landesparteitages
3 15. September 2012, Stadthalle Ludwigslust

A 1

4
5
6
7
8 **Einreicher:** Landesvorstand DIE LINKE. Mecklenburg-Vorpommern

9
10
11 *„Unter Demokratie verstehe ich, dass sie dem Schwächsten die gleichen Chancen einräumt wie dem Stärksten.“*
12 *Mahatma Gandhi (1869-1948)*
13

14
15 **Soziale Gerechtigkeit und Demokratie zurückgewinnen!**

16 In Mecklenburg-Vorpommern. Im Bund. In Europa. NUR MIT UNS!

17
18
19 **Primat der Politik zurückgewinnen!**

20 Die Krise der Banken und Staatsfinanzen, verursacht durch das kapitalistische System, gefährdet die
21 Demokratie und den sozialen Zusammenhalt in ganz Europa.
22 Im Eilverfahren bewilligt der Deutsche Bundestag mehrheitlich Milliardensummen, damit Banken in
23 der EU gerettet werden können. Zeitgleich greift eine Beschlusswelle von Sparpaketen die
24 Sozialstaaten an und beschneidet die Mitsprache- und Beteiligungsrechte der Bürgerinnen und Bürger.
25 Mit den Beschlüssen zum Europäischen Stabilitätsmechanismus und dem Fiskalpakt gibt der
26 Deutsche Bundestag seine Rechte an eine Ebene ab, die nicht durch Wahlen legitimiert ist. Somit
27 beschneidet der Bundestag sein im Grundgesetz festgeschriebenes Budgetrecht.
28 Auch in den Parlamenten der Länder und Kommunen wird der Einfluss der gewählten Vertreterinnen
29 und Vertreter auf haushaltspolitische Entscheidungen massiv eingeschränkt. Starre und weitreichende
30 Sparvorgaben führen zu weiteren Kürzungen und letztlich zu Handlungsunfähigkeit insbesondere im
31 Sinne einer sozial gerechten Politik.
32 DIE LINKE weist auf den Demokratieverlust im Deutschen Bundestag und im Landtag Mecklenburg-
33 Vorpommern immer wieder hin. Jedoch haben alle anderen Parteien dem Demokratieabbau zu
34 Gunsten von Banken und Kapitalmärkten zugestimmt. Sie haben die massiven und unsozialen Eingriffe
35 in die Staatshaushalte Griechenlands, Spaniens und Portugals mitgetragen. *(An dieser Stelle erfolgt*
36 *nach dem Urteil des BVerfG am 12.9.2012 eine Präzisierung per Änderungs- bzw. Ergänzungsantrag)*
37

38
39 **Soziales und solidarisches Europa!**

40 DIE LINKE steht für ein solidarisches Europa. Wir lehnen den Rauswurf von Staaten aus der Eurozone
41 ab. Dieser würde zu massiven sozialen Verwerfungen und einer gravierenden Verschärfung der Armut
42 in ganz Europa führen. Auch die abhängig Beschäftigten in der Bundesrepublik würden unter dieser
43 Entwicklung leiden.
44 Dies verpflichtet uns zum verantwortungsvollen Erhalt der Gemeinschaft, einem solidarischen
45 Miteinander und einer Umverteilungspolitik von oben nach unten. Die neue Regierung in Frankreich
46 macht es vor: Eine Millionärssteuer wird eingeführt, große Vermögen und Konzerngewinne werden
47 erheblich stärker zur Finanzierung der Staatsausgaben herangezogen und eine
48 Finanztransaktionssteuer wurde beschlossen. Dieser Weg ist richtig und wir wollen ihn auch in
49 Deutschland gehen. Der Staat verzichtet im Interesse der Reichen und Superreichen auf Einnahmen.
50 Das führt in Verbindung mit dem Fiskalpakt zu immer weiteren Kürzungen der Ausgaben für Soziales,
51 Bildung und Kultur. Die Kaufkraft vieler wird geschmälert, wenn Sozialleistungen gekürzt, Löhne
52 gesenkt und Investitionen zurückgefahren werden. Das schwächt weiter die Binnennachfrage in den
53 EU-Staaten und verschärft damit die Krise. Zudem unterbleiben die nötigen Investitionen für einen
54 sozial-ökologischen Umbau unserer Gesellschaft.

55

56

57 **Wirtschaft soll den Menschen dienen!**

58 DIE LINKE will eine andere Wirtschaftsordnung: Die Wirtschaft soll den Menschen dienen, nicht die
59 Menschen der Wirtschaft! Dazu muss auch zwingend die Frage nach Eigentumsformen gestellt
60 werden. Vor allem darf die öffentliche Daseinsvorsorge nicht dem Streben nach Profit unterworfen
61 werden.

62 In mehr genossenschaftlichem Eigentum sehen wir als LINKE eine Möglichkeit, das System zu
63 verändern. Die gemeinsame Bewirtschaftung durch Nutzerinnen und Nutzer sowie durch
64 Produzentinnen und Produzenten ermöglicht eine nachhaltige Wirtschaft. Das betrifft die
65 Landwirtschaft, das produzierende Gewerbe, den Dienstleistungsbereich, die Energieversorgung, die
66 Abfallwirtschaft, die Wohnungswirtschaft und viele andere Bereiche. Wir erhoffen uns davon eine
67 größere Transparenz und soziale Gerechtigkeit bei den Preisen, eine größere Wirtschaftsleistung –
68 auch in Mecklenburg-Vorpommern – und eine demokratischere Wirtschaftsordnung. Auch deswegen
69 setzen wir bei der Entwicklung unseres Landes auf Genossenschaften.

70 Die Gründung der „TLG-Genossenschaft Fair-Wohnen“ zeigt, wie öffentliches Eigentum bewahrt
71 werden könnte. Beim Verkauf von 11.500 Wohnungen in Ostdeutschland haben Union und FDP nur
72 den maximalen Profit im Blick. Wohnen ist ein Menschenrecht, es darf nicht zum Spielball der
73 Profitgier der Reichen werden. DIE LINKE will und die „TLG-Genossenschaft Fair-Wohnen“ wollte, dass
74 Wohnraum nicht an Finanzinvestoren verkauft wird.

75 Der Ausschluss unserer Genossenschaft aus dem Bieterverfahren macht deutlich, dass das
76 Finanzministerium kein Interesse an einem Kurswechsel hat. Auf dem Rücken der Mieterinnen und
77 Mieter wird nun ein Höchstpreis anvisiert. Die Wohnungen werden an einen Finanzinvestor verkauft,
78 dem es lediglich um maximale Rendite, statt um sozial gerechte Bewirtschaftung geht. DIE LINKE wird
79 dennoch alles versuchen, um den Verkauf an einen solchen Finanzinvestor noch zu verhindern.
80 Außerdem werden wir den betroffenen Mieterinnen und Mietern mit Hilfe zur Seite stehen.

81

82

83 **Endlich Rentengerechtigkeit!**

84 Weiterhin fordern wir eine Korrektur der Rentenüberleitung, damit nach über 20 Jahren endlich die
85 vielen Ungerechtigkeiten und Diskriminierungen abgeschafft werden.

86 Unser Verdienst ist es, dass die Probleme von bspw. den Beschäftigten des Gesundheitssystems der
87 DDR, von Bahn und Post, der Sicherheitsorgane, der Geschiedenen und der gesamten Intelligenz in
88 der Alterssicherung teilweise von Abgeordneten aller anderen Fraktionen gesehen und eingestanden
89 werden. Im Wahlkreis wird dabei auch von CDU, SPD, FDP und Grünen oft Unterstützung zugesagt.

90 Nur in Berlin im Bundestag fehlt seit Jahren das Handeln. Gemeinsam mit den Betroffenen werden wir
91 weiter Druck machen.

92

93 Auch die Generationen, die jetzt oder erst in Zukunft in Rente gehen, sind in zwei Klassen geteilt.
94 Noch immer wird beim Rentenwert nach Ost und West unterschieden. DIE LINKE fordert seit Jahren,
95 dass der Rentenwert Ost an den Rentenwert West angeglichen wird, ohne die Höherbewertung der
96 Ost-Löhne aufzugeben. Unser Stufenplan für die Rentenangleichung lehnt sich an die Vorstellungen
97 von SeniorInnenverbänden und Gewerkschaften an. Für eine armutsfeste und
98 lebensstandardwahrende Rente hat DIE LINKE ebenfalls ein finanzierbares Konzept vorgelegt. Auch
99 eine solidarische Mindestrente vom 900 € gehört zu unseren Forderungen, um Altersarmut zu
100 verhindern.

101

102

103 **Solidarische Gesundheit & Pflege für alle!**

104 Da die demografische Entwicklung in Mecklenburg-Vorpommern bundespolitische Entwicklungen
105 vorwegnimmt, sind unsere Erfahrungen für die Bundespolitik von besonderem Wert. Die Bevölkerung
106 nimmt ab und wird älter. Einerseits werden Fachkräfte rar, andererseits nehmen die Bedürfnisse an
107 medizinischer Versorgung und Pflege zu. Ärzte- und Pflegenotstand – auch wegen sehr schlechter
108 Bezahlung – ist in vielen Regionen in Mecklenburg-Vorpommern bereits traurige Realität.

109 Zur Sicherung einer flächendeckenden und bedarfsgerechten medizinischen und pflegerischen
110 Versorgung braucht es neben einer modernen Bedarfsplanung vor allem eine stabile Finanzierung.
111 Daran ist Schwarz-Gelb mit den Zusatzbeiträgen bei den Krankenkassen und privater Vorsorge (Pflege-
112 Bahr) gescheitert. Mit unserem durchgerechneten Konzept einer solidarischen Bürgerinnen- und
113 Bürgerversicherung für Gesundheit und Pflege bieten wir eine gerechte Alternative. Sie ermöglicht
114 Beitragssenkungen für zwei Drittel der Bevölkerung, indem das einkommensstärkste Drittel mehr als
115 bisher einbezogen wird. Zugleich entsteht finanzieller Spielraum für notwendige
116 Leistungsverbesserungen sowie für gute und anständig bezahlte Arbeit zugunsten der tausenden
117 Beschäftigten in diesen Bereichen.

118
119

120 **Hochwertige und elternbeitragsfreie Kinderbetreuung!**

121 DIE LINKE setzt sich für ein dichtes Netz an Kindertagesstätten und Tagesmüttern mit hoher Qualität
122 und Motivation im ganzen Land ein. Wir wollen keine - Betreuungsgeld genannten - Herdprämien.
123 Statt Milliarden für konservative bayerische Klientelpolitik auszugeben, fordert DIE LINKE
124 Ganztagsplätze für alle Kinder. Denn alle Kinder haben das gleiche Recht auf Betreuung.
125 Jedoch können Kommunen und Länder die Kosten dafür nicht allein bewältigen. Das Problem besteht
126 nicht in der Schaffung von Kita-Plätzen. Die Schwierigkeit besteht in der qualitativen Ausgestaltung
127 und Finanzierung der Kita-Plätze. Wir wollen, dass sie zukünftig für die Eltern kostenfrei sind. Hier
128 muss der Bund in die Finanzierung einsteigen!

129
130

131 **Gute Bildung. Gute Arbeit.**

132 Noch immer ist der soziale Stand der Eltern ein – wenn nicht das entscheidende – Kriterium für die
133 Chancen der Kinder in unserem Land; gerade in Mecklenburg-Vorpommern, wo noch immer die
134 niedrigsten Löhne deutschlandweit gezahlt werden. Nur etwa 72 % des Bundesdurchschnitts betragen
135 die Arbeitseinkommen hier. Die Zahl der Aufstockerinnen und Aufstocker ist so hoch, wie kaum
136 anderswo. Fast 49.000 Menschen in unserem Land müssen zusätzlich zu ihrem Lohn Hartz IV
137 beantragen. Auch das führt zu einer massiven Benachteiligung der Kinder und Jugendlichen. Gerade
138 deswegen machen wir uns dafür stark, dass die Angebote des Staates für alle gleichberechtigt da
139 sind. Die Bildung von Kindern und die Schaffung gleicher Chancen sind eine Aufgabe der gesamten
140 Gesellschaft und damit auch des Bundes. Geld für gute Bildung ist ausreichend vorhanden. Wenn die
141 auf Kinder bezogenen Privilegien für Wohlhabende abgeschafft würden, erzielte der Staat erheblich
142 höhere Steuereinnahmen. So ist es nicht akzeptabel, dass Besserverdienende von Kindergeld bzw.
143 von einem Steuerfreibetrag für Kinder profitieren. Geringverdienerinnen und Geringverdiener, die
144 wenig Steuern zahlen, kommen nicht in den Genuss dieser Vergünstigungen. Gleiches gilt für die
145 Absetzbarkeit der Gebühren für Privatschulen bzw. Schulen in freier Trägerschaft. DIE LINKE will ein
146 attraktives und vielfältiges Netz kostenfreier öffentlicher Schulen. Wer etwas anderes will, soll das
147 haben, aber nicht subventioniert von der Allgemeinheit.

148
149

150 **Kampf gegen Rechtsextremismus stärken!**

151 Der Rechtsextremismus ist eine der größten, wenn nicht die größte Gefahr für die Demokratie.
152 Die rechtsextremen TerroristInnen der NSU konnten jahrelang in Deutschland unbehelligt agieren und
153 dabei eine Serie von zehn Morden begehen. Unfassbar sind in diesem Zusammenhang die
154 Verstrickungen der Geheimdienste und verschiedener anderer Behörden. Wie keine andere Partei hat
155 sich DIE LINKE gegen Kürzungen bei den Projekten zur Bekämpfung dieser menschenfeindlichen
156 Ideologie, gegen die Gleichsetzung mit anderen Gedanken und die daraus folgende Verharmlosung
157 sowie gegen die pauschale Verdächtigung aller Antifaschistinnen und Antifaschisten eingesetzt. Die
158 massive Unfähigkeit der Behörden im Bund und auch in Mecklenburg-Vorpommern wollen wir
159 aufklären. Geheimdienste lassen sich nicht kontrollieren. Zudem werden sie durch die Regierenden
160 immer wieder auch als Druckmittel gegen Missliebige eingesetzt, was sich auch an der Bespitzelung
161 der LINKEN und ihrer Abgeordneten zeigt. DIE LINKE bleibt daher bei ihrer Forderung, alle
162 Geheimdienste abzuschaffen. Zur Stärkung der demokratischen Strukturen ist eine deutlich bessere

163 Ausstattung der Initiativen notwendig, die sich für ein friedliches Miteinander einsetzen. Vor allem
164 muss Schluss sein mit der Verdächtigungskultur gegenüber allen, die sich gegen Rechtsextremismus
165 einsetzen!

166 Die „Extremismusklausel“ von Kristina Schröder ist Gift für demokratisches Engagement. Die
167 Kommunen müssen dringend wieder in die Lage versetzt werden, zivilgesellschaftliche Strukturen
168 aufrecht zu halten oder neu aufzubauen. Dazu brauchen sie nicht nur finanzielle Unterstützung. Auch
169 in den Köpfen muss viel passieren. Rechtsextremismus zu ignorieren oder bestehende Probleme zu
170 verdrängen, verschärft das Problem. Auch bei uns selbst muss das Bewusstsein für den
171 demokratischen Kampf gegen alte und neue Nazis wieder geschärft werden.

172 Wir stehen für die Stärkung von Demokratie und Toleranz im Kampf gegen Rechtsextremismus und
173 Ausländerfeindlichkeit und daher wollen wir keine weiteren Kürzungen der Bundesprogramme gegen
174 Rechtsextremismus.

175

176

177 **DIE LINKE - kompetent und erfahren!**

178 Wir engagieren uns weiter auf allen Ebenen für faire Bezahlung, auskömmliche Finanzausstattung der
179 Kommunen und einen solidarischen Finanzausgleich unter den Bundesländern.

180 Wir bringen unsere Erfahrungen bei der Ausgestaltung einer aktiven Arbeitsmarktpolitik und der
181 Entwicklung einer chancengerechten Bildungspolitik durch umfassende frühkindliche Erziehung,
182 Bildung und längeres gemeinsames Lernen, das auf inklusiven Schulen basiert, ein. Dabei kommen
183 uns unsere spezifischen ostdeutschen Erfahrungen in den Bereichen Bildung und Kinderbetreuung zu
184 Gute.

185 Ganz wichtig ist für uns die Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge. Wir lehnen weitere
186 Privatisierungen von Gütern und Leistungen ab. Vielmehr unterstützen wir Rekommunalisierungen
187 aktiv. Die Wiedergewinnung des Öffentlichen ist für uns von herausragender Bedeutung.

188 Auch demokratische Mitbestimmungsmöglichkeiten müssen ausgebaut werden. Wir setzen uns für
189 eine Stärkung der direkten Demokratie ein. Volksabstimmungen sollen auf Bundesebene endlich
190 möglich sein. Auch das Herabsetzen des Wahlalters bei Bundestags- und Landtagswahlen auf 16 Jahre
191 bleibt unser Ziel.

192 Wir arbeiten an der Umsetzung des sozial-ökologischen Umbaus. Wir entwickeln Programme zur
193 zivilen Nachnutzung von ehemaligen militärischen Objekten durch Konversion. Wir gestalten eine
194 umfassende und fachübergreifende Gleichstellungspolitik. Wir setzen uns für ein offenes und freies
195 Internet ein, für gleiche Zugangs- und Teilhabebedingungen für alle Menschen.

196

197

198 **NUR MIT UNS!**

199 DIE LINKE hat sich immer wieder für diese Themen engagiert und steht für soziale Gerechtigkeit und
200 Demokratie. Ohne unseren Einsatz wäre oft gar nichts passiert. Auch deswegen muss DIE LINKE im
201 neuen Bundestag wieder mit einer starken Fraktion und möglichst vielen Abgeordneten aus
202 Mecklenburg-Vorpommern vertreten sein. Das ist eine wichtige Voraussetzung dafür, dass wir nach
203 den Europa- und Kommunalwahlen 2014 mit starken Fraktionen Politik gestalten und mit vielen
204 Ehrenamtlichen Kommunalpolitik praktizieren können. Dann können wir auch 2016 mit einer starken
205 Landtagsfraktion politische Mehrheiten für unsere alternativen Politikangebote erreichen.

206

207

208

209

210

211

212

Abstimmungsergebnis:

Ohne Veränderungen	Mit Veränderungen	Für	Gegen	Enthaltung

213